

Die Bundeskanzlerin hat recht: „Wir schaffen das“ Wir müssen jedoch rechtzeitig beginnen, die Zukunft zu organisieren



Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender

Der Bund hat auf die Flüchtlingskrise mit einer Vielzahl neuer Regelungen und Gesetzesänderungen reagiert. Auf EU-Ebene hat man sich in vielen Fragen geeinigt. Finanzmittel werden bereitgestellt und erste Ergebnisse werden sich zeigen. Es ist absehbar, dass die Aufgaben für die Kommunen in nächster Zeit nicht geringer werden; denn hier wird die Hauptarbeit der langfristigen Unterbringung und Integration geleistet.

In den vergangenen Monaten haben viele Potsdamerinnen und Potsdamer mit großem Engagement ihre Solidarität mit den Flüchtlingen gezeigt. Die Verwaltung hat enorme Arbeit geleistet und es geschafft, die Unterbringung in Notunterkünften zu vermeiden. Dabei wurde die Bevölkerung in der Regel frühzeitig eingebunden und informiert. Auf Ängste, Fragen und Unsicherheiten, die auf den Informationsveranstaltungen zunehmend geäußert werden, wird intensiv eingegangen. „Wir sind der Überzeugung, dass der begonnene Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern fortgesetzt werden muss. Wünschenswert ist eine sachliche Diskussionskultur, denn Stammtischparolen dürfen nicht die Meinungsbildung dominieren“, sagte der Vorsitzende der CDU/ANW-Fraktion Matthias Finken. Die Verteilung der Flüchtlinge auf das gesamte Stadtgebiet hat sich bewährt. Diesem Prinzip sind jedoch Grenzen gesetzt. Die Übergangslösungen können nur eine begrenzte Zeit genutzt werden. Wir brauchen dazu einen Generalplan für den Bau der in Potsdam benötigten Wohnungen und zwar für alle Bevölkerungsschichten. Dabei ist neben den zu erwartenden Flüchtlingen auch das Bevölkerungswachstum zu berücksichtigen. Das von der CDU/ANW initiierte Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen Wohnungsbaus kann hierbei einen wichtigen Beitrag leisten und muss endlich mit Leben erfüllt werden.

Doch die hier ankommenden Menschen müssen nicht nur untergebracht werden; auch die Planungen für die soziale Infrastruktur (Kitas, Schulen, usw.) müssen überprüft und angepasst werden. Ziel dabei ist, die gewohnte Qualität

für die Bevölkerung zu erhalten. Belastungen und Einschränkungen sollten nur für eine Übergangszeit in Kauf genommen werden.

Die Asylbewerber und Flüchtlinge mit einer hohen Anerkennungschance, brauchen viel Unterstützung und sollten so schnell wie möglich ihr neues Umfeld kennenlernen. Sie kommen aus Ländern mit anderen Traditionen, Gesellschaftssystemen und Religionen. Durch frühzeitige Information über die Unterschiede zu ihren Herkunftsländern kann es gelingen, die Integration zu beschleunigen und Spannungen zu vermeiden. Das sollte in den Unterkünften oder in deren Nähe geschehen. Darüber hinaus sollten auch die Potsdamerinnen und Potsdamer über die neuen Nachbarn informiert werden. Es ist wichtig zu wissen, woher sie kommen, welche Unterschiede es gibt und welche Spannungen dadurch entstehen können. Dazu sollten über das Stadtgebiet verteilt Programme angeboten werden.

Die Verwaltung muss sich Gedanken darüber machen, ob diese Aufgaben mit der bestehenden Organisation erfüllt werden können. Unterbringung, Betreuung, Integration, Information, Verwaltung, Koordination der ehrenamtlichen Helfer und Kontrolle müssen möglicherweise in eine eigene Struktur überführt werden, damit die originären Aufgaben der Verwaltungseinheiten nicht auf der Strecke bleiben. Wir brauchen eine Organisationsstruktur, die langfristig in der Lage ist, die Herausforderungen im Rahmen der normalen Arbeitszeiten zu meistern. Auch die Fragen von Ordnung und Sicherheit nehmen zu. Dass die gewohnten Standards erhalten bleiben ist zwingend erforderlich. Die Landesregierung muss unverzüglich reagieren und Ausbildung und Anzahl der Polizisten der zu erwartenden Entwicklung anpassen.

„Wir sind in Potsdam auf einem guten Weg. Voraussetzung ist, dass die von EU, Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmenpakete zügig umgesetzt werden und die Mittel des Bundes bei den Kommunen ungekürzt ankommen. Die Fraktion wird sich weiterhin konstruktiv daran beteiligen, Lösungen zu finden und umzusetzen. Dabei lehnen wir es ab, dass Lösungsmodelle aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden. Rechtsextreme Strömungen dürfen keine Chance haben. Gefragt ist zukunftsorientierter, lösungsoptimierter Pragmatismus“, sagte Matthias Finken.

Zur Erinnerung an den Mut der Potsdamer Bevölkerung im Herbst 1989

**Ein Denkmal, das an die Proteste
erinnert, ist überfällig**

Wir haben in Potsdam viele Denkmäler und Erinnerungsstätten, es fehlt jedoch etwas, das an die Friedliche Revolution in Potsdam erinnert. Deshalb ist die Idee, ein solches Denkmal zu schaffen zu begrüßen; denn letztlich waren es auch die Potsdamerinnen und Potsdamer, die durch ihr entschlossenes Auftreten mit zum Ende der DDR beigetragen haben.

Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, hatte die Polizei noch gewaltsam eine Protestdemonstration mit 2000 Teilnehmern aufgelöst und zahlreiche Demonstranten festgenommen. Gegen dieses Vorgehen wurden viele Stimmen laut und kritische Leserbriefe in den Medien veröffentlicht. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger engagierten sich im Neuen Forum und bei Veranstaltungen in den Kirchen.

Am 4.11.1989 strömten weit über zehntausend Menschen zum damaligen Platz der Nationen (heute Luisenplatz) und demonstrierten für Veränderungen in der DDR. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl war es an diesem Tag eine der größten Demonstrationen in den Großstädten der DDR. Anders als noch beim Protest am 7. Oktober, ragten damals aus der Menge auch Transparente mit Aufschriften wie „Freie Wahlen“, „Stasi raus aus den Betrieben“, Sprechchöre forderten die Zulassung von oppositionellen Parteien und Demokratie. Die Menschen wurden mutiger als sie es noch am 7. Oktober waren und waren bereit, sich für ihre Freiheit mit der Staatsmacht anzulegen. Daran soll das Denkmal erinnern und viele Jahre nach den Ereignissen auch die, die nicht dabei waren, neugierig machen, sich mit dem Herbst 1989 auseinanderzusetzen.

Matthias Finken



**Mehr Infos zu aktuellen Themen
sowie alle Antragstexte finden Sie
unter**

www.cdu-anw-fraktion-potsdam.de

Verkehrsanbindung zukünftiges Wohngebiet Krampnitz

Alle Möglichkeiten müssen untersucht werden, wie das zu erwartende Verkehrsaufkommen auf Dauer bewältigt werden kann

Der Eingangsbereich des künftigen Quartiers Krampnitz hat städtebaulich eine sehr hohe Bedeutung und muss gleichzeitig alle Anforderungen erfüllen, die sowohl die verkehrliche Anbindung des Wohngebietes als auch einen reibungslosen Durchgangsverkehr gewährleisten. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass die aktuellen Prognosen des Bevölkerungswachstums und die damit verbundene Zunah-

me des Verkehrs ausreichend berücksichtigt werden.

Der Wettbewerb „Eingangsbereich ehemalige Kaserne Krampnitz“ hat zu fünf verschiedenen Vorschlägen geführt, die nach Angaben der Jury einer weiteren Bearbeitung mit Prüfungen Untersuchungen und Konkretisierungen bedürfen. Erstaunlicherweise hat sich kein Teilnehmer für einen Kreisverkehr entschieden. Für die politische Begleitung des Prozesses ist größtmögliche Transparenz notwendig. Wir fordern daher auf der Grundlage einer aktuellen Verkehrszäh-

lung eine Prüfung der Leistungsfähigkeit der fünf Vorschläge sowie zusätzlich die eines Kreisverkehrs und erwarten, dass die Ergebnisse vergleichbar und nachvollziehbar dargestellt werden.

Der Vorsitzende der CDU/ANW Fraktion Matthias Finken erläuterte dazu: „Jeder weiß, dass die Realität immer in der Mitte zu suchen ist. Daher müssen die verschiedenen Prüfungen und Untersuchungen neben dem günstigsten und ungünstigsten Szenario auch von einem Mittelwert ausgehen, damit die Alternativen klar werden. Es hilft nicht, wie beim Stadtentwicklungskonzept Verkehr, anzunehmen, dass sich der der Idealfall einstellen wird. In der Zepelinstraße sehen wir, wohin das führt.“

Matthias Finken

Potsdamer Mitte

Das FH-Gebäude gehört nicht ins Stadtbild

Städtebauliche Entscheidungen prägen das Bild einer Stadt über Jahrzehnte

Potsdam ist berühmt für seine architektonische und landschaftliche Schönheit. Wir haben ein unbezahlbares und unverwechselbares Stadtbild geerbt. Dazu gehört allerdings nicht das Fachhochschulgebäude. Wir lehnen daher eine erneute Diskussion über die Gestaltung der Potsdamer Mitte ab.

Die CDU/ANW-Fraktion fordert, eine weitere Wiederannäherung an das historische Stadtbild und die konsequente Umsetzung des integrierten Leitbautenkonzepts. Dies soll einhergehen mit einer aktiven Bürgerbeteiligung bei allen Vorhaben und Einbeziehung der in der Potsdamer Mitte aktiven Vereine. Die Stadtmitte soll sich zu einem lebendigen und attraktiven Stadtteil entwickeln und die städtischen Bauten über eine anspruchsvolle und zum Quartier passende Architektur verfügen. Die

Fraktion unterstützt den Wiederaufbau der Garnisonkirche und befürwortet die Schaffung eines kleinteilig parzellierten Innenstadtquartiers mit starker Nutzungsmischung, um ein vielfältiges architektonisches Bild zu garantieren. Eine weitere Forderung der Fraktion ist die Erstellung eines Licht-Masterplans zur Illumination der herausgehobenen Gebäude in Potsdam.

Der Vorsitzende der CDU/ANW-Fraktion Matthias Finken sagte zu diesem Forderungskatalog: „Die beschlossene Annäherung an die historische Mitte mit ihrem Straßenbild ist die richtige Entscheidung. Dieses Konzept stellt sicher, Potsdam das Antlitz einer modernen und lebendigen Stadt zu geben, das die Verbindung aus Historischem und Zukunftweisendem darstellt.“



Die Umsetzung des integrierten Leitbautenkonzepts beinhaltet nicht das FH-Gebäude.

SVV-Stammtisch

Haben Sie Fragen an uns oder möchten Sie Ihre Ideen und Verbesserungsvorschläge mit uns teilen?

Dann kommen Sie zum SVV-Stammtisch am Tag nach der SVV.

Datum:

3. Dezember 2015, 19:00 Uhr

Ort:

Zum Fliegenden Holländer,
Benkertstraße 5, 14467 Potsdam.

Lösung für die Goethe-Grundschule



Clemens Viehrig

Zugang zur Mittagsversorgung nicht mehr gewährleistet. Eine barrierefreie Schule wird

An der Goethe-Grundschule, einer „Pilotschule Inklusion“ des Landes Brandenburg, wurden umfassende Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Mit dem Mensaumzug ist allerdings der barrierefreie

es nicht geben, denn die historischen Gebäude verfügen nicht über die baulichen Voraussetzungen. Es konnte aber eine „Kleine Lösung“ gefunden werden. Auf Initiative der CDU/ANW wird der KIS in Absprache mit der Schule und den Eltern einen Treppenlift einbauen. „Es freut uns sehr, dass wir bei der Lösung unterstützen konnten. Zukünftig wird uns jedoch die Frage beschäftigen müssen, wie die Stadt einer barrierefreien Schullösung im Sozialraum in Babelsberg gerecht werden kann“, sagte Clemens Viehrig.

Anpassung des Schulentwicklungsplans an die gestiegenen Prognosen

Dass Potsdam einen Zuzug aufweisen wird, war allen bewusst. Wie dramatisch sich dieser auf die Planzahlen auswirkt, war in der Form aber nicht erwartet worden. Vor allem in Babelsberg und im Bereich um den Hauptbahnhof liegen die Prognosen deutlich über den zugrundeliegenden Annahmen. Der 2014 beschlossene Schulentwicklungsplan (SEP) hatte bereits im ersten Jahr Abweichungen zu verzeichnen, worauf die CDU/ANW-Fraktion immer wieder hingewiesen hatte. In Babelsberg konnten diese Abweichungen zum Schuljahresbeginn noch aufgefangen werden, allerdings offenbart sich mit den neuen Zahlen die ganze Diskrepanz zwischen Planung und Prognose. Jetzt müssen Lösungen für die kommenden Jahre erarbeitet und weitere Schulstandorte in Betracht gezogen werden. Damit stellen sich aktuell vier große Herausforderungen: Die Einbeziehung von Schulen in freier Trägerschaft, eine mögliche Änderung der Schul-

bezirkssatzung, verschiedene Standortentscheidungen in den betroffenen Sozialräumen sowie die Integration der schulpflichtigen Flüchtlinge in den Schulalltag. Zum einen muss abgewogen werden, was freie Träger leisten können und wie sich diese in die Schulentwicklungsplanung integrieren lassen. Zum anderen müssen die Vor- und Nachteile einer Anpassung der Schulbezirkssatzung erörtert werden. Nur wenn sich positive Effekte einstellen ist diese Maßnahme auch zielführend. Daneben haben wir verschiedene Standortvorschläge eingebracht, die es jetzt zu prüfen gilt. Dabei müssen wir vor allem die zeitlichen Abläufe betrachten, um Planungen und Projekte optimal auf die Bedarfe auszurichten. Mögliche Schulstandorte wie das Minsk-Areal, das ehemalige Tram-Depot an der Heinrich-Mann-Allee, Flächen am Brauhausberg, eine Vergrößerung des Campus „Goethe-Suttner“, eine alternative Nutzung von Bestandsgebäuden,

Flächen im Bereich des Filmpark Babelsberg sowie der Bereich der Sandscholle müssen überprüft werden. Zum anderen müssen wir Kapazitäten für schulpflichtige Flüchtlinge einplanen. Insbesondere bei Neubauprojekten muss überprüft werden, wie zusätzliche Räume für Willkommensklassen in die Planung integriert werden können. Hier ist vor allem das Land in der Pflicht: Es gilt ein Schulbauförderungsprogramm zu initiieren und endlich die veraltete Raumbedarfsempfehlung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport an die veränderten Gegebenheiten anzupassen. Schnellschüsse wird es mit der CDU/ANW nicht geben. Erst wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen, werden wir eine Entscheidung treffen. Hierbei sind auch bestehende Planungen – wenn sich die Prognosezahlen anders entwickelt haben (zum Beispiel Standort Coubertin) – nochmals zu überprüfen und dann anzupassen.

Clemens Viehrig

Jute statt Plastik – Umweltfest in Potsdam

Matthias Finken und Clemens Viehrig haben sich beim Potsdamer Umweltfest im Volkspark am 27.09.2015 den Fragen der Bürgerinnen und Bürger gestellt.



Neben dem Leitbildprozess der CDU/ANW Potsdam wurde vor allem über regionale Produkte und den Vorzug von Jutebeuteln gegenüber von Plastiktüten informiert. Der Einsatz



eines Jute- oder Baumwollbeutels spart 76 Plastiktüten, wenn man ihn regelmäßig nutzt. „Insgesamt war es ein toller Tag mit vielen interessanten Gesprächen und Anregungen für unsere Kommunalpolitik“, sagte Clemens Viehrig. „Mit dem Thema Regionale Produkte haben wir das Interesse der Besucher getroffen. Unsere Informationen dazu fanden großen Anklang und überraschten mit dem vielfältigen Angebot in Brandenburg“, bemerkte Matthias Finken zum Abschluss.

Clemens Viehrig

Auszeichnung „Umweltschule in Europa“

Sechs Potsdamer Schulen erhielten am 1. Oktober 2015 die Auszeichnung „Umweltschule in Europa“. Die Grundschule am Priesterweg, die Waldstadt-Grundschule, die Karl-Foerster-Schule, die Grundschule am Humboldttring, die Comenius-Schule und die Käthe-Kollwitz-Oberschule wurden für ihre Projektarbeiten ausgezeichnet. „Mit interessanten Projekten zum Thema Umwelt haben sich die sechs Potsdamer Schulen die Auszeichnung „Umweltschule in Europa“ redlich verdient. Es freut mich, dass ich den Schülerinnen und Schülern ihre Auszeichnung persönlich übergeben konnte“, sagte Clemens



Viehrig anlässlich der Preisverleihung. „Im Anschluss haben wir uns gemeinsam den Biotop-Garten angeschaut und ich habe mich, über die Flora und Fauna aufklären lassen. Die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit den Umweltthemen sind wichtige Puzzlesteine für ein besseres Umweltverständnis. Es lohnt sich, dass wir das, was uns die Natur schenkt auch weiterhin achten, sinnvoll nutzen und für zukünftige Generationen erhalten“, so Viehrig weiter.

Clemens Viehrig

CDU/ANW setzt sich für Potsdamer Händler ein

Die Stadtverordneten Matthias Finken und Clemens Viehrig haben im Juni/Juli 2015 Potsdamer Händler befragt. Ziel war es, ihre Anregungen, Sorgen und Probleme aufzunehmen und in den entsprechenden Bereichen der Stadtverwaltung zu thematisieren. „Wir hoffen mit dieser Umfrage gemeinsam mit den Händlern etwas für die Attraktivität unserer Stadt bewirken zu können“, so Matthias Finken, Vorsitzender der Fraktion CDU/ANW. Die Händler beklagten vor allem Informationen von Seiten der Landeshauptstadt, die mangelnde Sauberkeit in der Innenstadt, den Umgang mit den Sonntagsöffnungszeiten und die Einbindung der Einzelhändler in den Nebenstraßen der Innenstadt. Sehr zufrieden zeigten

sich die Befragten mit dem ÖPNV-Angebot. Allerdings besteht noch viel Handlungsbedarf beim Parken. Demnach sei das Parken in der Innenstadt zu teuer, es gibt zu wenig Parkmöglichkeiten und die Beschilderung ist nicht gut gelöst. Die aktuelle Mülldiskussion wird auch von den Händlern gesehen, daneben sind zusätzlich Diebstahl, Graffiti, Innenstadtradverkehr, Aufsteller auf den Fußwegen und Belästigung der Kunden durch Obdachlose thematisiert worden. Die Idee eines Innenstadtmanagers wird durchweg positiv gesehen. Er kann vor allem für die Vernetzung unter den Händlern, als Schnittstelle zur Verwaltung und als Organisator von Märkten/Veranstaltungen/Festen die Innenstadt voranbringen. „Die

Fraktion wird sich der Probleme annehmen und hat bereits einen ersten Antrag „Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt“ in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht“, so Matthias Finken, der das Ergebnis der Umfrage im Arbeitskreis Innenstadt vorgestellt hat. „Ziel der Fraktion wird es zudem sein, die Ergebnisse der Befragung in das neue Innenstadtverkehrskonzept einfließen zu lassen“, so Finken weiter. Um auch die weiteren Themenfelder noch genauer zu beleuchten und von Fachleuten bewerten zu lassen, wird sich der Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam, unter Leitung des CDU/ANW Stadtverordneten Götz Friedrich, mit den Ergebnissen beschäftigen. *Clemens Viehrig*

Potsdam braucht mehr Wohnungen



Lars Eichert

In einer aktuellen Studie der Landeshauptstadt hat das PESTEL-Institut dargestellt, dass der Gesamt-Wohnungsbedarf für 2015 an neuen Wohnungen mit 2390 Wohnungen 2,7 Mal so hoch sei, wie tatsächlich im Jahr gebaut würden.

Diese Tendenz war bereits vorher absehbar, nur an den konkreten Zahlen mangelte es noch. Die Fraktion CDU/ANW hatte deshalb bereits Ende 2014 einen Antrag für ein „Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen Wohnungsbaus“ in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Dieser Antrag wurde durch die SVV am 28. Januar 2015 beschlossen. Der Verwaltung schien der Ernst der Lage anscheinend aber nicht ersichtlich. Dort lag der Fokus auf der Erstellung des Wohnungspolitischen Konzepts für die Landeshauptstadt, das ein Jahr später der Landeshauptstadt die gleiche Empfehlung gibt, nämlich ein Bündnis für Wohnen ins Leben zu rufen. Das Konzept enthält noch andere Empfehlungen, dennoch hätte die Landeshauptstadt mit dem Bündnis für Wohnen ein Jahr früher beginnen können. Es ist jetzt wichtig, dass der Oberbürgermeister die Verwaltung anweist, das Bündnis für Wohnen umzusetzen. Denn für den schnellen Bau neuer Wohnungen ist es notwendig, dass die Verwaltung sich mit den Akteuren des Wohnungsmarktes – das sind neben der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und den Genossenschaften vor allem private Eigentümer und Bauträger, die den größten Anteil am Wohnungsmarkt stellen – ins Gespräch kommt und darüber verständigt, wie die Verwaltung den Bau neuer und insbesondere auch bezahlbarer Wohnungen unterstützen kann.

Nur mit mehr Wohnungen werden die Potsdamer letztendlich auch bezahlbare Wohnungen haben. Ohne ausreichenden Neubau wird die Nachfrage am Potsdamer Wohnungsmarkt das Angebot bald deutlich übersteigen und dann

steigen zwangsläufig auch die Mieten. Auf eine Mietpreisbremse braucht man da nicht zu hoffen, denn das Angebot wird dadurch nicht größer. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass – sollte im nächsten Jahr die Mietpreisbremse von der Landesregierung umgesetzt werden – davon ausschließlich Personengruppen mit hohem Einkommen profitieren werden, da sie aufgrund ihres höheren Einkommens für den Vermieter attraktiver sind als Personen mit niedrigem Einkommen. So könnte eine Mietpreisbremse ohne verstärkten Wohnungsbau den Wohnungsmarkt noch weiter verengen und die Gentrifizierung fördern.

Es muss also nicht nur Wohnungsneubau erfolgen, sondern die Landeshauptstadt muss ihrem Auftrag aus der Kommunalverfassung gerecht werden und verstärkt im sozialen Wohnungsbau tätig werden. Gerade wenn die staatlichen Förderungen für den sozialen Wohnungsbau so unattraktiv sind, dass kaum ein privater Investor oder eine Genossenschaft diese Fördermittel abrufen, ist die Landeshauptstadt mit ihrer städtischen Wohnungsbaugesellschaft besonders gefragt. In diesem Bereich des Wohnungsmarktes wirkt es sich nun aus, dass in den vergangenen Jahren wenig bis keine Wohnungen mit Preisbindungen gebaut wurden. Die Landeshauptstadt ist also gefordert die neuen vom Land aufgelegten Förderprogramme so schnell wie möglich zu prüfen und verstärkt Wohnungen mit Preisbindung zu bauen. „Vor diesem Hintergrund ist es besonders enttäuschend, dass die Verwaltung auf den Antrag der CDU/ANW nach einem dreiviertel Jahr mitteilt, dass es bislang keine Ergebnisse für weitere Möglichkeiten einer sozial ausgerichteten Bewirtschaftung des städtischen Wohnungsbestandes gibt. Hier wurde Zeit verschenkt und die Situation am Wohnungsmarkt unnötig zugespitzt“, sagte Lars Eichert, der die CDU/ANW im Ausschuss Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vertritt. „Daher fordern wir den Oberbürgermeister auf, den Antrag „Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen Wohnungsbaus“ unverzüglich umzusetzen“, so Eichert weiter.

Wirtschaft

Handwerkerparkausweis gefordert

Handwerker müssen am Arbeitsort parken können

Die Parkplatzsituation in der Landeshauptstadt Potsdam ist, wie alle wissen, angespannt und erlaubt es Handwerkern und Dienstleistern häufig nicht, in der Nähe ihrer Kunden oder ihres Einsatzortes einen Parkplatz für ihre Fahrzeuge zu finden. Bewährt hat sich in vielen Städten wie z.B. in Berlin ein Handwerkerparkausweis. Damit wird z.B. die Genehmigung erworben, Fahrzeugen, die am Einsatzort benötigt werden, während der Durchführung von Handwerkerdiensten und Dienstleistungen in der Nähe zu parken. Es handelt sich dabei nicht um eine berufsgruppenspezifische Regelung, sondern um eine auf konkrete Einzeltätigkeiten beschränkte Ausnahme.

Matthias Finken

Impressum

Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

Fotos:

© Landeshauptstadt Potsdam/Barbara Plate (S2),
c.c wikimedia commons (S 3),